Außenminister Westerwelle im Interview mit dem Tagesspiegel zur Situation in Libyen und in Syrien

2011-04-30

Am 30. April 2011 erschien das folgende Interview mit Bundesaußenminister Guido Westerwelle im „Tagesspiegel“ sowie in etwas längerer Form auf „tagesspiegel.de“. Die Fragen stellten Stephan Haselberger, Albrecht Meier und Christian Tretbar:

Frage: Herr Westerwelle, wird Ihre Arbeit als Außenminister dieses Landes fair beurteilt?

Außenminister Westerwelle : Ich habe mich nicht zu beklagen.

Frage: Ein renommierter Politikwissenschaftler hat Sie jetzt den „borniertesten Außenminister seit Ribbentrop“ genannt und Ihnen „neudeutschen Wilhelminismus“ vorgeworfen.

Den Außenminister der Bundesrepublik mit dem Außenminister Adolf Hitlers zu vergleichen, ist so verirrt, dass es sich selbst richtet.

Frage: Sie haben sich die massive Kritik vor allem mit der deutschen Enthaltung bei der Libyen-Resolution des

UN

-Sicherheitsrates zugezogen. Würden Sie heute wieder so vorgehen?

Das war eine schwierige, aber nach meiner Überzeugung richtige Abwägungsentscheidung. Die Grenzen des Militärischen werden deutlich. Man sieht, wie notwendig politische Lösungen sind.

Frage: Aber Sie haben nach Meinung vieler Kritiker die Bündnispartner vor den Kopf gestoßen und Deutschland isoliert.

Deutschland trägt bereits sehr viel internationale Verantwortung beispielsweise auf dem Balkan oder als drittstärkster Truppensteller in Afghanistan. In Libyen hat Deutschland von Anfang an auf eine politische Lösung gedrängt und sich für schnelle und wirksame Sanktionen eingesetzt. Wie alle unsere Verbündeten und viele internationale Partner sind wir der Auffassung, dass der politische Druck auf das Gaddafi-Regime hoch gehalten werden

muss, damit er den vom Uno-Sicherheitsrat verfügten Waffenstillstand endlich einhält und den Weg für eine freie Entscheidung des libyschen Volks frei macht. In der Libyen-Kontaktgruppe arbeiten wir mit unseren Partner für dieses Ziel eng zusammen.

Frage: Keine deutschen Soldaten nach Libyen hieß es erst, nun bereitet die Bundesregierung die Sicherung libyscher Flughäfen vor. Wie wollen Sie das den Wählern erklären?

Bisher gibt es keine Anfrage der humanitären

UN

-Hilfsorganisation

OCHA

. Dass wir uns aber schon aus Gründen der Mitmenschlichkeit darauf vorbereiten, humanitäre Hilfslieferungen zu unterstützen und bei der Betreuung von Flüchtlingen oder der Versorgung von Verletzten zu helfen, ist selbstverständlich. Das haben die

EU

-Außenminister bereits am 21. März erklärt.

Frage: Soll diese Hilfe von deutschen Soldaten vor Ort gewährt werden?

Darüber spekuliere ich nicht.

OCHA

, das humanitäre Büro der Uno, hat erklärt, dass das humanitäre Engagement, solange es irgend geht, zivil organisieren werden soll.

Frage: Wenn Sie die Bedeutung politischer Lösungen betonen, spielen Sie dann auf den widersprüchlichen Umgang der internationalen Gemeinschaft mit Libyen und Syrien an? Im ersten Fall greift die Weltgemeinschaft militärisch ein, in Syrien hingegen nicht.

Präsident Assad und seine Regierung sind dringend aufgerufen, die Gewalttaten gegen friedliche Demonstranten unverzüglich zu beenden. Die syrische Führung steht vor einer Wegscheide. Wenn sie sich für die Fortsetzung der Gewalt entscheidet, dann werden wir in Europa Sanktionen beschließen und den Druck auf Syrien auch bei den Vereinten Nationen weiter erhöhen. Ich habe gemeinsam mit meinem französischen und britischen Amtskollegen eine entsprechende Initiative ergriffen. Ich begrüße, dass die

EU

am Freitag ein klares Signal gegenüber Syrien gegeben hat.

Frage: Lässt sich die Gewalt des syrischen Regimes gegen das eigene Volk mit einem Waffenembargo stoppen?

Ein Waffenembargo ist deswegen wichtig, weil wir Syrien nicht Instrumente liefern dürfen, die zur Gewalt nach innen eingesetzt werden können. Wichtig sind aber auch gezielte politische Sanktionen wie Reisebeschränkungen und Vermögenseinfrierungen für die Verantwortlichen der Repressionen. Schließlich muss aus unserer Sicht der Entwurf für das

EU

-Syrien-Assoziationsabkommen erst einmal gestoppt werden.

Frage: Und was passiert, wenn Assad trotzdem weiterhin Demonstranten massakrieren lässt?

Deshalb ist es erforderlich, dass die Sanktionen schnell verhängt werden. Ich habe es im Fall Libyens seinerzeit bedauert, dass es so lange gedauert hat, bis die Völkergemeinschaft eine gemeinsame Haltung für Sanktionen, etwa die Verhängung eines vollständigen Öl- und Gasembargos, gefunden hatte.

Frage: Fühlen Sie sich angesichts des Zurückschreckens der Weltgemeinschaft vor einer Intervention in Syrien im Nachhinein in ihrer Warnung vor einem Libyen-Einsatz bestätigt?

Es gibt Entwicklungen, bei denen man sich wünscht, in der eigenen Grundskepsis nicht recht zu behalten. Ich kritisiere auch nicht die Staaten, die sich am Libyen-Einsatz beteiligen. Wir teilen das politische Ziel eines freien Libyens ohne Gaddafi. Mich sorgt aber eine Zuspitzung in der öffentlichen Diskussion hierzulande, wonach militärische Lösungen deswegen das Mittel der Wahl sein sollen, weil sie – anders als politische Lösungen – angeblich schnell und nachhaltig funktionieren sollen. Ich halte das für fragwürdig.

Frage: Braucht Deutschland so etwas wie einen neuen Skeptizismus gegenüber militärischen Interventionen?

Ich sehe mit einer gewissen Sorge, wie schnell in der öffentlichen Diskussion in Deutschland mittlerweile nach Interventionen gerufen wird. Angesichts schrecklicher Bilder wird die Forderung erhoben, es müsse etwas geschehen. Und es ist richtig, dass wir politisch mit aller Deutlichkeit und Konsequenz reagieren. Aber wir müssen auch aufpassen, dass wir die Schwelle für militärische Interventionen nicht leichtfertig senken. Militärische Einsätze können immer nur das allerletzte Mittel sein.

Frage: Seit den Unruhen in der arabischen Welt sucht die

EU

verzweifelt nach einer Antwort auf die Frage, wie sie mit den Flüchtlingen aus der Region umgehen soll. Muss Deutschland früher oder später verstärkt Flüchtlinge aufnehmen, etwa aus Libyen?

Der Schutz von Flüchtlingen aus einem Kriegsgebiet ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Zum Beispiel wurden tausende von Ägyptern, die aus Libyen nach Tunesien geflohen sind, mit deutscher Hilfe wieder zurück zu ihren Familien gebracht. Bei den Flüchtlingen aus Tunesien liegt der Fall anders: Die jungen Männer und Frauen aus Tunesien werden in ihrer Heimat gebraucht, damit die gerade begonnene Revolution gelingen kann. Nur wenn es in Tunesien einen wirtschaftlichen Aufbau gibt, wird der Neubeginn erfolgreich sein. Die Revolution in Tunesien befindet sich erst auf den ersten Metern eines Marathonlaufes. Das gilt auch für Ägypten. Dort entscheidet sich, ob aus dem arabischen Frühling ein Sommer wird oder ob es ein Zurück in den eisigen Winter gibt. Die Demokratie wird gelingen, wenn sie auch neue Chancen für die Menschen bringt.

Frage: Angesichts des Flüchtlingsdrucks rufen die ersten Staaten nach Einschränkung der Reisefreiheit in Europa. Ist das Schengen-Abkommen verhandelbar?

Wenn man an dem Abkommen etwas verbessern kann, erbitte ich Vorschläge. Ansonsten steht die Reisefreiheit als eine der bedeutendsten europäischen Errungenschaften nicht zur Disposition. Die Reisefreiheit in Europa ist ein Juwel.

Frage: Ein Jahr nach der Rettung Griechenlands vor dem Staatsbankrott schwelt die Euro-Krise immer noch. Die Antwort der Europäischen Union ist der dauerhafte Euro-Rettungsschirm ab 2013. Können sich die europäischen Partner darauf verlassen, dass der deutsche Außenminister uneingeschränkt dahinter steht?

Die Bundesregierung hat bisher viel zur Stabilisierung des Euro erreicht. Obwohl wir nach einer tiefen Rezension in eine der größten Währungsunsicherheiten seit Jahrzehnten geraten sind, ist es uns gelungen, unser Geld stabil und die Hand auf der eigenen Kasse zu halten. Außerdem werden die Sanktionsmechanismen verschärft und es gibt eine bessere Koordination von Wirtschafts- und Währungspolitik. All das trägt zur Sicherung der Europäischen Union und des Euro bei und liegt im ureigenen deutschen Interesse.

(...)

Frage: Muss der Europäische Gedanke heute wieder mit mehr Pathos vertreten werden?

Ich wünschte mir, dass gerade die Jugend Europa nicht als selbstverständlich hinnimmt, sondern begreift, welchen Schatz wir hier zu hüten haben. Es geht um Frieden, Freiheit, wirtschaftliche Chancen und unsere Behauptung im Zeitalter der Globalisierung. Ich habe zuweilen den Eindruck, dass wir die entstehende neue Weltarchitektur noch nicht richtig verinnerlicht haben. Kein einziges europäisches Land kann heute mit den globalen

wirtschaftlichen Herausforderungen allein zurechtkommen. Ein Binnenmarkt mit 500 Millionen Menschen ist unsere Zukunftschance. Die dürfen wir nicht verspielen.

Zurück zu: "News"

Source : https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/110430-bm-tsp-syr-243340